Vorlage an

Ausschuss für Soziales und Kultur für die Sitzung am
--

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am
--

Umsetzung des Konzeptes „Bildung aus einer Hand“ Sachstandbericht und Neuformulierung der Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe

Beschlussvorschlag:

1. Die in Anlage 2 beigelegte Neuformulierung der „Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe“ wird beschlossen. Sie bildet die Grundlage für die weitere Zusammenarbeit zwischen der Stadt Weiterstadt und den in Weiterstadt ansässigen Schulen zum Ausbau von Ganztagschulen.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert die Neuformulierung der Rahmenvereinbarung mit dem staatlichen Schulamt und dem Schulträger zu kommunizieren und die Unterzeichnung der Vereinbarung mit den beteiligten Schulen zu veranlassen.
3. Der im Sachbericht (Folie 18) dargelegte Maßnahmenplan wird beschlossen. Die Verwaltung ist aufgefordert für seine Umsetzung zu sorgen.

Sachverhalt:

In ihrer Sitzung vom 13.10.2005 beschloss die Stadtverordnetenversammlung das Konzept „**Bildung aus einer Hand**“ zeitgleich mit dem Bildungsgesamtplan 2005 bis 2010. Im Beschluss wurde die Verwaltung u.a. beauftragt, bis zum Beginn des Schuljahres 2006/07 eine Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit von Stadt, Schulträger und Schule zu erarbeiten, unter Einbeziehung des Bildungsbeirates, der Schulen, Elternvertretungen und der Mitarbeiter/innen der betreuenden Grundschulen und Horte.

Mit dem **Konzept „Bildung aus einer Hand“** wurde im Hinblick auf die Schulkindbetreuung eine neue strategische Orientierung eingeleitet, die mittelfristig vorsieht, Horte und betreuende Grundschulen aufzulösen und in die Entwicklung von Ganztagschulen zu integrieren. In einem anschließenden Entwicklungsprozess von über einem Jahr wurde unter Einbindung von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen aus Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen sowie von Elternvertretungen eine „**Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe**“ entwickelt und am 27.9.2007 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Die Rahmenvereinbarung „bildet die Grundlage künftiger Zusammenarbeit zwischen der Stadt Weiterstadt und den in Weiterstadt ansässigen Schulen zum Ausbau von Ganztagschulen“ (Auszug aus Beschluss der STVV vom 27.9.2007). Sie wurde zunächst für einen Zeitraum bis zum 31.8.2010 beschlossen und danach sollte auf der Grundlage einer Analyse

Drucksache IX/0588/1

der Entwicklung eine Entscheidung über eine weitere Verlängerung gefällt werden. Am 27.5.2010 wurde dann erneut - die durch aktuelle Entwicklungen modifizierte – Rahmenvereinbarung durch die Stadtverordnetenversammlung bis zum 31.8.2013 verlängert.

Durch die bis 8/2013 formulierte Befristung steht nunmehr eine dritte Beschlussfassung über die Rahmenvereinbarung an um den eingeleiteten Prozess fortführen zu können.

Auf Grund der Entwicklungen der letzten 3 Jahre und insbesondere geprägt durch das Projekt „Lebenswelt Schule“ ist die Zusammenarbeit zwischen örtlichen Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen im Hinblick auf die Ganztagsentwicklung so weit fortgeschritten, dass die Rahmenvereinbarung nunmehr an einigen Punkten grundlegend neu formuliert wurde. Grundlage ist eine entsprechende Evaluation in den Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen und ein intensiver Diskurs im Bildungsbeirat.

Das Ergebnis ist der hier vorgelegte **Neuentwurf der Rahmenvereinbarung** der nun der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird. (s. dazu **Sachstandbericht Anlage 1, Neuentwurf Anlage 2 und vergleichende Darstellung Anlage 3**)

Die wesentlichen Neuerungen des Entwurfes können wie folgt beschrieben werden:

I Redaktionelle Änderungen

- a) Durch das Projekt Lebenswelt Schule wurde in Weiterstadt eine komplexe lokale Bildungslandschaft gestaltet, die auch neue Strukturmerkmale und Begrifflichkeiten hervorbrachte (z. B. Sozialraumorientierung, Bildungslandschaft, etc.) Diese Begriffe wurden redaktionell in die Rahmenvereinbarung eingebaut.

II Inhaltliche Änderungen der Personalzuweisung an die Schulen und Obergrenze

- b) Die Personalzuweisung in den Grundschulen wurde neu geregelt und die bisher in Tabellenform dargelegten Zuweisungen aufgehoben. Dabei wurden 3 Zuweisungskriterien festgeschrieben:
- **Grundversorgung** (auf Grundlage des alten Tabellenmodells)
 - **Personalstunden für individuelle Fördermaßnahmen** (= Stunden die sich aus der Auflösung der Schülerhilfe ergeben) und
 - **Erweiterte Zuweisungen**, die nach Auflösung der Horte /BGs erforderlich sind um Zeiträumen von 14.30 bis 17.00 abzudecken.(orientiert an Nachmittagsbelegung)

Mit dieser Neuregelung versuchen wir besser die Dynamik dieses Prozesses aufzunehmen und die Kriterien der Personalzuweisung durch die Stadt zu differenzieren.

Neu ist auch, insgesamt bei den Personalzuweisungen der Stadt an die Schule eine Deckelung vorzunehmen um deutlich zu machen wo die maximale Obergrenze der Zuweisungen liegt. Dies soll beiden Seiten (Schulen und Stadt) mehr Planungssicherheit geben.

Eine Neuregelung war auch bei der Anna-Freud-Schule erforderlich, weil hier durch die Auflösung der Schülerhilfe künftig zusätzlich 15 Personalstunden für den zeitlichen Ausbau des Grundschulbereiches zugeordnet werden.

III Verlängerung des Zeitrahmens zur Realisierung

Wie die Erfahrungen gezeigt haben ist der Prozess der Entwicklung der Schulen zu ganztägig arbeitenden Schulen in Weiterstadt schon sehr fortgeschritten und nicht mehr umkehrbar.

Drucksache IX/0588/1

Allerdings sind die Zeiträume der finalen Umsetzung eher weiter zu fassen, als dies bisher angenommen wurde. Insofern müssen die Zeitziele neu geregelt werden.
(Bis 2015 bis 14.30, bis 2020 bis 17.00 in offener oder gebundener Form)

IV Verpflichtung der Schulen Entwicklung durch Beschlüsse der schulischen Gremien abzusichern

Dadurch soll eine höhere Verbindlichkeit der Zielumsetzung und ein breiterer interner Dialog in der Schule als Grundlage der Weiterentwicklung vor Ort erreicht werden.

V Verpflichtung der Schulen Steuerungsgruppen einzurichten und sozialpädagogische Fachkräfte der Stadt einzubinden

Hier wird die Aufforderung der alten Fassung Kommunikationsstrukturen zu schaffen konkretisiert mit der Verpflichtung schulische Steuerungsgruppen zu schaffen. Auch die Einbindung sozialpädagogischer Fachkräfte wird konkretisiert.

VI Zur strategischen Steuerung, sowie zur Konfliktregelung

wurden die bisherigen Regelungen „entbürokratisiert“, da sich die in der alten Rahmenvereinbarung beschriebene Koordinierungsgruppe in der Praxis als entbehrlich erwiesen hat und mit dem Bildungsbeirat bereits ein Gremium vorhanden ist, das die Aufgaben im Bedarfsfall übernehmen kann.

VII Unbefristete Laufzeit der Vereinbarung

Da der Prozess der Integration der Horte und BGs in sich entwickelnde Ganztagschulen vor Ort (insbesondere im Bereich der Grundschulen) so weit fortgeschritten ist, dass ein Zurück zu getrennten Wegen von Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen weder ökonomisch noch pädagogisch sinnvoll ist, schlagen wir vor, die Rahmenvereinbarung unbefristet zu beschließen. Das gibt Handlungssicherheit und verdeutlicht den Willen, diesen Prozess nunmehr fortzuführen und zum Ziel zu bringen.

Die Neuregelung der Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule als Umsetzungsform des Projektes „Bildung aus einer Hand“ ist aus unserer Sicht nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Schulen zu Ganztagschulen sondern auch die Grundlage für die inzwischen bundesweit beachtete Entwicklung der Bildungslandschaft in Weiterstadt.

Der Sachverhalt wurde am 06.05.2013 im Magistrat beraten. Die Drucksache wird gemäß § 11 der Geschäftsordnung direkt dem Ausschuss vorgelegt.

- Rohrbach -
Bürgermeister

Anlagen:

- Anlage 1 Sachstandbericht Umsetzung „Bildung aus einer Hand“
- Anlage 2 Neuentwurf Rahmenvereinbarung
- Anlage 3 Vergleichende Darstellung alte und neue Rahmenvereinbarung